



Flossbach von Storch
RESEARCH INSTITUTE

GESELLSCHAFT & FINANZEN 16/05/2019

Die Lateinische Münzunion: Ein Präzedenzfall für den Euro

von MARIUS KLEINHEYER

Zusammenfassung

Das Projekt einer europäischen Währungsunion auf Basis einer Gold- und Silberwährung im 19. Jahrhundert scheiterte schnell. Die Union hielt aber noch relativ lange durch, weil die Mitgliedsländer die Kosten eines Austritts scheuten. Obwohl die Bedingungen im 19. Jahrhundert grundsätzlich verschieden von den heutigen waren, gibt es erstaunliche Parallelen. Die Lateinische Münzunion hätte den Gründervätern des Euro eine Lehre sein können.

Abstract

The project of a European monetary union based on a gold and silver currency in the 19th century quickly failed. However, the Union held out for a relatively long time because the member states avoided the costs of resignation. Although the conditions in the 19th century were fundamentally different from today's, there are astonishing parallels. The Latin Monetary Union could have been a lesson to the founding fathers of the euro.



Einleitung

Bereits im 19. Jahrhundert gab es den Versuch einer europäischen Währungsunion, die sogenannte Lateinische Münzunion. Frankreich, Belgien, die Schweiz und Italien vereinbarten 1865 einen gemeinsamen Vertrag, der für alle Länder gemeinsames Geld, bestehend aus Gold- und Silbermünzen bringen sollte. Ziel war es sogar, ein „Weltgeld“ zu schaffen. Das große Projekt scheiterte schnell, die Union hielt aber noch relativ lange durch, weil die Mitgliedsländer die Kosten eines Austritts scheuten. Obwohl die Bedingungen im 19. Jahrhundert grundsätzlich verschieden von den heutigen waren, gibt es erstaunliche Parallelen. Die Lateinische Münzunion hätte den Gründervätern des Euro eine Lehre sein können: Heterogene Staaten mit nationaler Souveränität lassen sich nicht über ein Geldsystem integrieren. Sozioökonomische Strukturen sind zu robust für eine Integration mit der Brechstange Geld.

Die historische Lage in Europa

Im 19. Jahrhundert gehörten die Nationalstaatsbildung, die Industrialisierung und die Freihandelsbewegung zu den wichtigsten sozialen Prozessen.

Europa war im 19. Jahrhundert auf der Suche nach neuer Ordnung und fand sie in der Gründung von Nationalstaaten. Ehemals souveräne Einzelstaaten, Kantone oder Provinzen schlossen sich zu Nationen zusammen. Nationalstaat, Nationalitätsprinzip, Selbstbestimmungsrecht der Völker wurden in Europa zu normgebenden Prinzipien. Die Abweichungen von ihnen wurden als Abweichungen von einer natürlichen Ordnung erkannt und ihre Beseitigung angestrebt.¹ Der Nationalstaat wurde selbstverständlich auch Träger der monetären Souveränität.

Gleichzeitig wuchs Europa durch Industrialisierung und den zunehmenden internationalen Handel weiter zusammen. Technische Innovationen wurden auf den ganzen Kontinent übertragen. Auf der einen Seite entstanden Binnenmärkte aufgrund von größeren nationalen Einheiten, auf der anderen Seite wurde auch der Außenhandel intensiviert. Um den Austausch von Waren weiter zu vereinfachen gab es Bestrebungen, Maße für Gewichte und Normen zu standardisieren. Das galt auch für Münzen. Unterschiedliche Münzsysteme führten zu erheblichen Friktionen im grenzüberschreitenden Warenverkehr.

Parallel dazu gab es in Europa eine große Freihandelsbewegung, die im Zuge der Internationalisierung der Ökonomien für den Abbau von Handelschranken eintrat. Der Kapitalverkehr war im 19. Jahrhundert uneingeschränkt. Französisches und deutsches Kapital wurde, meistens über private

¹ Schieder, T (1978) Typologie und Erscheinungsformen des Nationalstaates in Europa, in: Winkler, H. (Hg.), Nationalismus, S. 119-137



Kapitalgeber, zur Hälfte in ganz Europa angelegt.² Durch realwirtschaftliche Expansion, die Zunahme der Kapitalintensität der Produktion und die Durchführung von Infrastrukturprojekten bekam Geld im Allgemeinen eine sehr viel größere Bedeutung. Der Modernisierungsschub bedeutete in Europa auch einen „Monetisierungsschub“³.

Belgien und die Schweiz hatten einen Entwicklungsvorsprung gegenüber Frankreich und Italien. Frankreich spielte nach wie vor eine führende Rolle in der Machtstruktur des Kontinents.

Die jeweilige Entwicklung einzelner europäischer Nationen verlief sehr unterschiedlich. In der Schweiz und in Belgien begann die Industrialisierung bereits im 18. Jahrhundert. Beide Länder verfügten über eine hoch spezialisierte Landwirtschaft und ein ausgebautes Textilgewerbe. In Belgien begann früh der Aufbau der Schwerindustrie, in der Schweiz gab es bereits die Tourismusbranche. Mit der Wirtschaft entwickelte sich in beiden Ländern auch das Bankwesen. Beide Länder pflegten enge wirtschaftliche und politische Beziehungen zu Frankreich.

Frankreich war über weite Strecken des 19. Jahrhunderts Hegemonialmacht in Europa. Zum Zeitpunkt der Gründung der Münzunion befand sich Napoleon III. und sein so genanntes Zweites Kaiserreich im Zenit der Macht. Die führende Rolle in der Machtstruktur des Kontinents spiegelte sich allerdings nicht in der ökonomischen Leistungsfähigkeit des Landes wider. Die Industrialisierung setzte erst verspätet ein. Frankreich war geprägt von einem großen strukturellen Gefälle zwischen Städten, insbesondere Paris, und den ländlichen Provinzen. Paris entwickelte sich unter Napoleon III. jedoch zu einem europäischen Finanzzentrum. Französisches Kapital floss vor allem nach Belgien und in die Schweiz. Frankreich war damit ein wichtiger Finanzpartner für beide Länder.

Unter den Gründungsstaaten der Lateinischen Münzunion lag Italien in der ökonomischen Entwicklung am weitesten zurück. Im 19. Jahrhundert zeigte sich bereits in Ansätzen die Nord-Süd Spaltung des Landes, die man noch heute beobachten kann. Trotzdem war das Land insgesamt agrarisch geprägt und lief den Entwicklungen der Partnerländer hinterher. Nimmt man den Anteil der Analphabeten in der Bevölkerung 1850 als ein Gradmesser des Entwicklungsstandes der Länder Mitte des 19. Jahrhunderts, ergibt sich eine klare Reihenfolge: 1. Schweiz: 30 %, 2. Frankreich: 40-45 %, 3. Italien: 75-80 %.⁴

² Theurl, T. (1992) Eine gemeinsame Währung für Europa, Österreichischer Studienverlag, S.39

³ Ibid. S. 40

⁴ Ibid. S. 176



Motive für die Gründung der Lateinischen Münzunion

Neben den Transaktionskosten gab es für Frankreich auch ein geopolitisches Argument für die Münzunion.

Die ursprüngliche Idee zu einer Münzunion drängte sich geradezu auf. Alle Gründungsmitglieder hatten eine politische und ökonomische Integrationsvorgeschichte.⁵ Die Münzen eines Staates wurden in den anderen Staaten als Zahlungsmittel anerkannt. Seit Napoleon I. galt in allen Gründungsmitgliedern der Bimetallismus. Das bedeutete, Gold und Silber waren gleichzeitig offizielles Geld und stehen in einem festen Austauschverhältnis von 1:15,5. 1 kg Gold kann gegen 15,5 kg Silber bei der staatlichen Prägeanstalt getauscht werden. Dieses Preisverhältnis entsprach Anfang des 19. Jahrhunderts dem tatsächlichen Marktwert, wurde aber im Laufe der Zeit durch Preisschwankungen der beiden Edelmetalle immer wieder gestört. Um 1850 strömte neues Gold aus Amerika und Australien auf den europäischen Markt. Damit wertete Gold gegenüber Silber ab. Durch den fixen Wechselkurs war Silber unterbewertet und Gold überbewertet.

Gemäß dem Gresham'schen Gesetz wird unterbewertetes Geld aus dem Markt gedrängt und das überbewertete Geld zum dominanten Zahlungsmittel. Mit anderen Worten: Das „schlechte“ Geld verdrängte das „gute“. Um Silber als Zahlungsmittel zu schützen, kamen die Regierungen auf die Idee, den Feingehalt der Silbermünzen unter ihren Nennwert zu drücken.

Das Problem: Es wurde nicht einheitlich entwertet und auch nicht immer bei den gleichen Münzen. Während zum Beispiel italienische und französische Münzen einen Silberanteil von 83,5 % aufwiesen, behielten die belgischen Münzen einen Silberanteil von 90 %. Die Schweizer gingen auf 80 % runter. Die Folge: in den jeweiligen Ländern wurden die Münzen der anderen nicht mehr anerkannt. „Die Zirkulation wurde behindert, und die alte und kostbare Einheitlichkeit, die Frankreich, Belgien und die Schweiz so lange genossen hatten, war verschwunden. Der Grenzhandel wurde behindert und die Reisenden wurden Unannehmlichkeiten ausgesetzt.“⁶ Insbesondere die Belgier sahen Handlungsbedarf. Die ursprüngliche Intention der Münzunion war also zunächst nur die Behebung technischer Schwierigkeiten des Bimetallismus, um die gegenseitige Anerkennung des Geldes zu ermöglichen. Der Bimetallismus mit seinem festen Austauschverhältnis erwies sich während der gesamten Dauer der Lateinischen Münzunion als Problemherd.

⁵ Ibid. (1992) S. 175

⁶ Willis, H (1901) A history of the Latin Monetary Union, Chicago: Chicago University Press, S. 40



Die französische Regierung unterstützte Mitte des 19. Jahrhunderts die Idee einer ausgedehnten Franken Zone in Europa, um auf der einen Seite den Finanzplatz Paris als Konkurrent zu London zu positionieren und auf der anderen Seite den ökonomischen und damit auch politischen Einfluss auf die Nachbarländer zu erhöhen. Das französische Finanzministerium schrieb anlässlich der Verhandlungen 1865 an den Staatsminister Rouher: „Das Finanzzentrum von London hält seit langem das Monopol auf ausländische Kredite. Aber als England Kredite gewährte (...) wurde es dazu durch wesentlichere Vorteile gedrängt als die hohen Zinsen, die seinem Kapital angeboten wurden. Auf der einen Seite sicherten sie sich eine enorme jährliche Ehrung und schufen gleichzeitig ihre weltweite kommerzielle Dominanz. Die von ihnen finanzierten Länder wurden Kunden ihrer Industrie, und einige, wie Portugal, gingen vollständig unter ihre Handelssouveränität.“⁷

Um diese Position zu erreichen wurde in Frankreich innerhalb kürzester Zeit zwischen 1859 und 1864 mit der Unterstützung von Napoleon III. die *Crédit Industriel et Commercial*, die *Crédit Agricole*, die *Crédit Lyonnais* und die *Société Général* gegründet. In einem weiteren Memo an Rouher heißt es: „Frankreich teilt sich nun gemeinsam mit England die Ehre, der Industrie der Welt Kapital zur Verfügung zu stellen, und erntet die Gewinne daraus. Diese Ergebnisse sind bereits sichtbar. (...) Die in Frankreich gesammelten Beträge werden verwendet, um den Rest der Lieferungen von Waffen, Munition und Materialien für öffentliche Arbeiten zu bezahlen, und wir werden mit einer Hand als Lieferanten verdienen, was wir mit der anderen als Kreditgeber geben.“⁸

Die kleineren Länder Belgien, die Schweiz und Italien erhofften sich von der Münzunion, die geopolitische Abhängigkeit von Frankreich durch einen Vertrag neu zu ordnen. Durch die größere Einflussnahme auf die Regelungen sollten die eigenen Interessen stärker durchgesetzt werden. Dieses Motiv verstärkte sich im Laufe der Zeit.⁹

⁷ Einaudi, L. (2001). *Money and Politics*, Oxford: Oxford University Press, S. 44

⁸ Papiers Rouher, *Des emprunts d'Etat*, zitiert in Einaudi (2001) S. 44

⁹ Theurl, T. (1992) *Eine gemeinsame Währung für Europa*, Österreichischer Studienverlag, S. 180



Die große Vision des Felix Esquirou de Parieu

Felix Esquirou de Parieu stellte sich bereits Mitte des 19. Jahrhunderts eine Europäische Union vor, die durch einen gemeinsamen Goldstandard integriert wird.

Felix Esquirou de Parieu war der entscheidende Mann auf der französischen Seite für das Zustandekommen der Lateinischen Münzunion. Als Vizepräsident des Staatsrates hatte er großen Einfluss auf Napoleon III. Seine Vorstellungen gingen wesentlich weiter als die Beseitigung von Handelsbarrieren und die Aufrechterhaltung der Hegemonialposition Frankreichs. Seine Vision war eine robuste europäische Friedensordnung auf dem Fundament eines einheitlichen, am besten globalen, Goldstandards. Die Lateinische Münzunion sollte ein erster Schritt sein, hin zu einer friedliebenden europäischen Föderation jenseits nationaler Grenzen in der Zukunft.

Seine Pläne waren in der Mitte des 19. Jahrhunderts tatsächlich visionär: „Um die wünschenswerte Annäherung zwischen den Institutionen der verschiedenen Nationen zu erreichen, sollte man eine Europäische Kommission einsetzen, die regelmäßig zusammentritt, die zunächst von den Regierungen und später vielleicht von den Vertretern der europäischen Bürger ernannt wird. Die Kommission würde ihre Autorität der Wissenschaft, der Fairness ihrer Entscheidungen und der Offenheit ihres Entscheidungsprozesses verdanken.“¹⁰ Als explizites Beispiel für den funktionierenden föderalen Gedanken bezog sich Parieu auf Deutschland. Allerdings das Deutschland des Zollvereins und Münzvereins, vor dem Wirken von Bismarck. Parieu gehörte zu den wenigen französischen Ministern, die den französisch-preußischen Krieg 1870 verhindern wollten. Neben der Europäischen Kommission schwebte ihm auch ein europäisches Parlament und sogar der Name Europäische Union vor. Die 10 Fr.-Goldmünze sollte der Maßstab für eine europäische Währung werden. Sie sollte umbenannt werden von 10 Goldfranken zu „10 Europa“.¹¹

Vertragsinhalte¹²

Die Festlegung auf den Bimetallismus als Münzstandard war nicht von vornherein selbstverständlich. Belgien, die Schweiz und Italien plädierten für die Einführung einer reinen Goldwährung. Ein Goldstandard hätte dem Ziel Weltgeld und der weiteren Vereinfachung des internationalen Handels gedient, weil auch England traditionell einen Goldstandard hatte. Alle Teilnehmer fürchteten aber die Kosten der Demonetisierung des Silbers.¹³ Insbesondere blieb Frankreich, trotz der Vision von Parieu, ein starker Verfechter des Bimetallismus. Es war das Land mit den größten Silberreserven. Der

¹⁰ Parieu (1869) Les conférences monétaires internationales de 1865 und 1867 et leur résultats, Journal des économistes, S. 355

¹¹ Parieu (1867) De l'uniformité monétaire, Journal des économistes, S. 350

¹² Die Informationen über die Vertragsinhalte kommen aus Theurl (1992) S. 182ff.

¹³ Ibid. S. 181



ursprüngliche Vertrag von 1865 „Convention Monetaire“ legte verbindlich fest, dass der Bimetallismus weiter galt. De facto gab es durch die Marktpreisschwankungen allerdings im Laufe der Zeit immer ein Metall, das den Geldverkehr dominierte.

Die Details des bimetallicischen Münzstandards wurden im Vertrag geregelt, Regelungen zum Papiergeld wurden nicht getroffen.

Art. 1 des Vertrages legte fest, welches Gewicht, welchen Feingehalt und welche Form ihre Münzen haben sollten. Eintrittsberechtigt in die Münzunion war jedes Land, das bereit war, die Rechte und Pflichten aus dem Vertrag zu übernehmen. Neben der Ausgestaltung der Münzen enthielt der Vertrag Informationspflichten der Teilnehmer. Jährlich sollten gegenseitig Informationen über Ausprägung und Einschmelzung aller Gold- und Silbermünzen stattfinden.

Nicht geregelt im Vertrag wurde die Ausgabe von Papiergeld, das zum Zeitpunkt der Vertragsschließung aber auch noch keine größere Rolle spielte. Die offizielle Austauschrelation lautete: 1 belgischer Franc = 1 französischer Franc = 1 Schweizer Franken = 1 italienische Lira (später 1 griechische Drachme).¹⁴ Zulässige Kurantmünzen waren Goldmünzen zu 5, 10, 20, 50 und 100 Fr. mit einem Goldanteil von 90 % und Silbermünzen von 5 Fr. mit einem Silbergehalt von 90 % (die eine andere Kaufkraft als die entsprechende Goldmünze hatten). Die Silberscheidemünzen (0,2; 0,5; 1; 2 Fr.) mussten 83,5 % Silber enthalten.¹⁵ Weiterhin wurde vereinbart, dass der Vertrag alle 15 Jahre automatisch ausläuft und von jeder Partei verlängert werden muss. Notenbanken, beziehungsweise eine etwaige Zentralbank fanden in dem Vertrag keine Erwähnung.

Der holprige Weg der Münzunion

Von Anfang an gab es gewichtige Probleme bei der Umsetzung des Vertrages. Bereits 1866 begann Italien damit, Papiergeld herauszugeben, das nicht in Gold oder Silber eingetauscht werden konnte. Das verstieß nicht gegen die Buchstaben des Vertrages, wohl aber gegen seinen Sinn.

Zeitgleich mit der Ratifikation des Vertrages bereitete sich das Land auf einen Krieg gegen Österreich vor, um die Kontrolle der Region um Venedig zu bekommen und damit die Einheit des Landes abzuschließen. Diese Aufrüstungspolitik sorgte für eine weitere Verschärfung des Budgetdefizits. Seit der Gründung des Königreich Italiens 1861 verschuldete sich das Land massiv, um neben der Armee auch den Aufbau der Infrastruktur und den Aufholprozess bei der Industrialisierung zu finanzieren. Die Schulden lagen

¹⁴ Theurl (1992) S. 183

¹⁵ Theurl (1992) S. 184



hauptsächlich in französischen Händen, die eine Rückzahlung in Gold und Silbermünzen erwarteten und keinen Spielraum für weitere Schulden sahen.¹⁶

1869 trat Griechenland der Münzunion bei. Die französische Regierung, insbesondere das Außenministerium und Felix Esquirou de Parieu warben in einer breit angelegten Kampagne bei anderen europäischen und auch amerikanischen Staaten für den Eintritt in die Union. Auf den politischen oder ökonomischen Zustand des Landes wurde nicht geachtet. Das dominierende strategische Interesse, insbesondere Frankreichs, war die möglichst globale Ausdehnung der Münzunion. Am Ende blieb Griechenland das einzige Land, das nachträglich aufgenommen wurde.

Durch den französisch-preußischen Krieg 1870 suspendierte Frankreich bis 1878 ebenfalls die Metalleinlösung ihrer Banknoten. Zusätzlich gab es auch eine Sonderregelung für ein Goldausfuhrverbot aus Frankreich. In anderen Ländern führte das zu einem Münzmangel. Italien nahm das zum Anlass, um weiteres ungedecktes Papiergeld in Umlauf zu setzen.

Mitte der 1870er Jahre kommt es zu einem verstärkten Silberzufluss. Damit veränderten sich die Rahmenbedingungen der Münzunion grundlegend.

Mitte der 1870er kehrten sich die Vorzeichen der Münzunion um. Waren die zusätzlichen Goldströme Mitte der 1850er Jahre noch ein entscheidender Grund für das Zustandekommen der Münzunion gewesen, kam es nun zu einem verstärkten Zustrom von Silbermünzen. Neben einer erhöhten Silberproduktion war der Grund im Wesentlichen die Demonetisierung von Silber durch internationale Handelspartner wie etwa Deutschland, die sich für den Goldstandard entschieden.¹⁷ Silber wurde in das Gebiet der Lateinischen Münzunion exportiert und gegen Gold zum festen Wechselkurs eingetauscht. Damit verschwand Gold zusehends aus dem Geldverkehr. Stattdessen kam es zu einer sehr hohen Ausprägung von 5Fr.-Silbermünzen. Belgien und die Schweiz nahmen diese Entwicklung zum Anlass, ihren ursprünglichen Wunsch wieder aufzugreifen, und erneut die Umstellung auf einen Goldstandard zu fordern.

Durch das erhöhte Silberaufkommen erfährt die Lateinische Münzunion den ersten größeren externen Schock. Die Reaktionen der Mitglieder legen die Schwäche der Union offen: Es gab nie einen Grundkonsens über das Geldsystem. Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt war stattdessen eine grundsätzliche Unzufriedenheit der Mitglieder mit der Münzunion spürbar. Statt aber auf einen Goldstandard zu wechseln oder konsequenterweise auszutreten, wurden Kompromisse geschlossen. Frankreich, insbesondere

¹⁶ Einaudi (2001) S. 90

¹⁷ Bartel, R. (1974) International Monetary Unions: the XIX. Century Experience. In Journal of European Economic History, Vol.3, S. 689-704



Auf der einen Seite war eine grundsätzliche Unzufriedenheit mit dem Zustand der Münzunion bemerkbar, auf der anderen Seite scheute man Kosten und Risiken einer Auflösung des Vertrages.

französische Banken, hatten ein großes Interesse, an dem Bimetallismus festzuhalten. Zum einen waren die Silberreserven groß, zum anderen verdienten die Banken an den Arbitragegeschäften zwischen Gold und Silber sehr gut. Außerdem hielt Frankreich an seiner hegemonialen Position fest. Die Schweiz wollte auf den französischen Kapitalmarkt nicht verzichten. Die Belgier hatten selber viele Silbermünzen geprägt und scheuten eventuelle Kosten, Italien konnte aufgrund der prekären Situation ihre Silbermünzen sowieso nicht in Gold tauschen.

1874 forderte die Schweiz die sofortige Einstellung der Silberprägung, konnte sich aber auch damit nicht durchsetzen. Stattdessen kam es zu einem "Zusatzvertrag zum Münzvertrag von 1865", der die Ausprägung von 5Fr-Silbermünzen kontingentierte. Italien bekam dabei und in den Folgejahren allerdings immer wieder Sonderkontingente zugesprochen, mit dem Ziel, den Metallstandard wiederherzustellen.¹⁸ Außerdem wurde beschlossen, dass ein Beitritt neuer Länder nur nach Einstimmigkeit möglich ist. De facto bedeutete das, dass nur Länder eine Chance hatten, die bereits einen Goldstandard eingeführt hatten. Die Anziehungskraft der Münzunion war zu diesem Zeitpunkt für ökonomisch stabile Länder aber längst vorbei. Der Name „Lateinische Münzunion“ wurde tatsächlich in dieser Zeit von der englischen Presse geprägt und war durchaus abwertend gemeint. Es sollte verdeutlicht werden, dass England auf keinen Fall beitritt.

1878 wurde ein neuer Vertrag für die turnusgemäße Zeit ab 1880 geschlossen, der aber nur noch 6 Jahre Gültigkeit hatte. Nun wurde die Suspendierung der Münzproduktion in Silber verabredet. Außerdem wurden die italienischen Münzen in den anderen Ländern außer Kurs gesetzt. Bis zur Beseitigung des dort durch die Regierung eingeführten Zwangskurses der Banknoten gegen Münzen konnten die Münzen nicht mehr in anderen Ländern benutzt werden. Außerdem wurde eine Rückführung italienischer Scheidemünzen veranlasst. Zwar blieb der Bimetallismus weiterhin offiziell erhalten, doch wurden keine neuen Silbermünzen mehr geprägt. Die Münzunion wechselte also auf einen sogenannten hinkenden Goldstandard. Die Masse der Silbermünzen blieb weiterhin im Umlauf.

Ein italienischer Zeitzeuge beschrieb den Zustand der Münzunion zu diesem Zeitpunkt wie folgt: „Der lateinische Bund zeigt uns heute ein wenig erbauliches Schauspiel: die Verbündeten halten ihre Allianz aufrecht einzig zu dem Zweck, um Zeit zu gewinnen, daß einer auf den anderen, wenn möglich die fatalen Konsequenzen des Bundes selbst ablade. Es besteht keiner-

¹⁸ Theurl, T. (1992) Eine gemeinsame Währung für Europa, Österreichischer Studienverlag, S. 192



lei Solidarität, keinerlei Recht, keinerlei Discussion; die Namen und die Sachen werden auf den Kopf gestellt, und unter dem Anschein der brüderlichen Liebe und höflicher Freundschaft nennt Frankreich Recht, was nur Furcht ist, achtzig Millionen zu verlieren; nennt Italien internationale Billigkeit die Nothwendigkeit, jenes Gesetz des Stärkeren über sich ergehen zu lassen, welches es im Jahr 1878 zurückgewiesen hat; ruft Belgien die Solidarität und Brüderlichkeit der Verbündeten an, damit sie einen Theil des Verlustes auf sich nehmen, zu dem man es verurtheilen will, aber sein Appell wird für eine wunderliche Theorie und sein Widerstand für eine That der Falschmünzerei erklärt.“¹⁹

1884 kündigte die Schweiz den Vertrag zum 31.12.1885. Hauptgrund war das Fehlen von spezifischen Regeln für das Auflösen der Münzunion. Außerdem verlangte die Schweiz die Aufrechterhaltung der Suspendierung der Silbermünzen und die Aufnahme einer Liquidationsklausel in den Vertrag. Beides wurde im neuen Vertrag von 1886 gewährt. Die Liquidationsklausel legte fest, dass im Falle der Auflösung der Münzunion jedes Land die von ihm ausgegebenen 5 Fr-Stücke zum Nennwert in Silbermünzen des Gläubigerlandes oder in Gold einlösen muss. Da die Schweiz unterdurchschnittlich wenige Münzen geprägt hatte, mussten die anderen Länder bis zu festgesetzten Obergrenzen die Münzen aus der Schweiz in Gold einlösen. 98 % der in der Schweiz kursierenden Silbermünzen kamen aus anderen Unionsländern.²⁰

Dieser Vertrag blieb bis zum Ende der Münzunion 1926 in Kraft, wurde aber durch zahlreiche Revisionen und Zusatzverträge geändert. In der „1. Revision des Münzvertrages von 1885“ im Jahr 1893 wurde wieder die Außerkurssetzung italienischer Scheidemünzen vereinbart. Im „Zusatzvertrag von 1908“ wurde neben neuen Prägekontingenten auch die Außerkurssetzung griechischer Münzen beschlossen, die damit die Eigenschaft als gesetzliche Zahlungsmittel in den anderen Unionsländern einbüßte.

Während des Ersten Weltkrieges blieben die Bestimmungen des Unionsvertrages formell zwar bestehen, aber sie wurden von niemandem mehr beachtet. Banknoten wurden das neue gesetzliche Zahlungsmittel.

1920 versuchten die Unionsländer erfolglos eine Wiederbelebung der Münzunion. Im Ergebnis setzte die Schweiz französische Scheidemünzen außer Kurs. Im weiteren Verlauf des Jahres setzte die Schweiz alle 5 Fr-Silbermünzen aus Unionsländern außer Kurs, was de facto ein Ende der

¹⁹ Bamberger, L (1885), Die Schicksale des Lateinischen Münzbundes, zitiert in Theurl S.201

²⁰ Theurl, T. (1992) Eine gemeinsame Währung für Europa, Österreichischer Studienverlag, S. 195



Münzunion bedeutete.²¹ Die Schweiz hatte ihren Silbergeldumlauf nationalisiert.

Die formelle Auflösung wurde dann 1926 durch die Belgier vollzogen, die den Ausstieg aus dem Vertrag verkündeten. Daraufhin erklärte die Schweiz die Münzunion als beendet.²²

Problemfälle: Italien, der Kirchenstaat und Griechenland

Italien, der Kirchenstaat und Griechenland hatten Probleme mit der Staatsfinanzierung und verloren das Vertrauen der Gläubiger.

Für Italien bedeutete die Lateinische Münzunion die Chance, eine stabile internationale Währung zu importieren und sich damit einen besseren Zugang zum französischen Kapitalmarkt zu erschließen. Das Land kämpfte jedoch mit einer desolaten Haushaltslage und schnell anwachsenden Schulden.

Um den Schuldendienst leisten zu können, befahl der damalige italienische Finanzminister der italienischen Nationalbank 1866 einen Regierungskredit, der durch die Ausgabe von ungedecktem Papiergeld, dem sogenannten corso forzoso refinanziert werden sollte. Nicht konvertierbares Papiergeld wurde in Abhängigkeit vom Vertrauen der Regierung, von der Menge des ausgegebenen Papiergeldes und von den allgemeinen makroökonomischen Bedingungen in Bezug auf die Gold- und Silbermünzen abgewertet.²³ Der corso forzoso wurde 1882 verboten, aber ab 1892 wieder eingeführt.

Durch die verschiedenen Geldarten entwickelten sich unterschiedliche Wechselkurse:

1. Die Goldmünzen aller Mitgliedsstaaten blieben die gesamte Zeit in einem Austauschverhältnis von 1:1 ohne jede Einschränkung, auch während Finanzkrisen oder kriegerischen Auseinandersetzungen, selbst während des Ersten Weltkrieges.
2. Die 5 Fr.-Silbermünze mit einem Feingehalt von 90 % blieb ebenfalls bei einem Wechselkurs von 1:1. 1874 wurde ihre Prägung allerdings kontingentiert und 1879 dann schließlich ganz verboten. In den 1880er Jahren drohte vor allem Frankreich damit, die Silbermünzen in anderen Staaten zu präsentieren und zu dem festen Austauschverhältnis von 1:15,5 in Gold einzutauschen. Aufgrund des gefallenen Marktpreises von Silber wäre das insbesondere für Belgien und Italien sehr teuer geworden.

²¹ Ibid. S. 196

²² Ibid. S. 197

²³ Einaudi, L. (2001), Money and Politics, Oxford: Oxford University Press, S. 91



3. Der Wechselkurs der Silberscheidemünzen mit einem reduzierten Feingehalt von 83,5 % blieb grundsätzlich auch bei 1:1.
4. Banknoten waren grundsätzlich in Gold zu tauschen, wurden aber immer wieder außer Kurs gesetzt, um fiskalische Ziele zu verfolgen. In diesen Momenten fiel der Wechselkurs abhängig von dem Vertrauen der Menschen in die Regierung. In Italien werteten die Banknoten um bis zu 20 % ab, in Griechenland bis zu 40 %.

So kam es, dass in der Lateinischen Münzunion drei Arten von Geld existierten, die jeweils einen anderen Marktwert besaßen:

1. Goldmünzen 5 Fr-Silbermünze mit einem Feingehalt von 900/1000, sowie französische Banknoten, die jederzeit in Gold zu tauschen waren. Hier war der Marktwert gleich dem gesetzlichen Wert.
2. Scheidemünzen in Silber mit einem reduzierten Feingehalt von 835/1000, dessen gesetzlicher Wert sowohl in Frankreich als auch Italien durch den Vertrag der Münzunion garantiert war. In Italien waren Scheidemünzen wertvoller als Papiergeld aber weniger wert im Vergleich zu den Münzen mit vollem Feingehalt. In Frankreich waren die Münzen bis zu einem Wert von 50 Franken pro Transaktion zum Nominalwert akzeptiert.
3. Italienische Banknoten, dessen Marktwert wesentlich unter dem gesetzlichen Wert lagen. Italienische Banknoten zirkulierten nicht zum Parwert in Frankreich, da sie nicht Teil der Bestimmungen der Münzunion waren.

Diese Handhabung eröffnete die Möglichkeit für Arbitragegeschäfte:

Der Zustand der Lateinischen Münzunion bot die Möglichkeit für Arbitragegeschäfte.

“Unmittelbar nach der Aussetzung der Konvertierbarkeit nutzten Spekulanten die Gelegenheit, erhebliche Arbitragegewinne zu erzielen, da das gleiche Gut (Silberscheidemünzen) an verschiedenen Orten unterschiedliche Preise hatte. Die italienischen Scheidemünzen wurden in Italien mit einem Abschlag erworben und nach Frankreich exportiert, wo sie dank der Währungsunion zum Nennwert umgetauscht wurden. (...) Nach Abzug der Kosten für den Transport des Metalls, der Handhabung und der Versicherung ergab sich die Gewinnspanne.”²⁴

Die italienischen Spekulanten nutzten das abgewertete Papiergeld zum Kauf der Silberscheidemünzen und nutzten damit die Möglichkeit, italienische Währung in höherwertige französische Münzen zu tauschen.

²⁴ Einaudi, L. (2001), Money and Politics, Oxford: Oxford University Press, S. 92



Die anderen Mitgliedsländer drohten Italien, dass sie die Scheidemünzen, die sich außerhalb Italiens, vor allem in Frankreich ansammelten, in Italien präsentieren und gegen Gold zurücktauschen würden. Dieser Prozess zeigt beispielhaft, wie schwierig eine monetäre Integration bei unterschiedlichen ökonomischen und finanziellen Ausgangslagen ist. 1865 war nicht der richtige Moment für Italien, um in eine Währungsunion einzutreten.²⁵

Der Kirchenstaat prägte das 10-fache der ihm erlaubten Silbermünzen. Frankreich stoppte daraufhin den Aufnahmeprozess.

Der Kirchenstaat war ein weiteres Beispiel. Er bewarb sich 1866 um die Aufnahme in die Lateinische Münzunion. Das damals noch enthusiastische Frankreich erlaubte bereits die Prägung von Silbermünzen in einem gewissen Ausmaß, während sich die Verhandlungen noch hinzogen. Dieses Entgegenkommen nutzte der Kirchenstaat aus, um in kürzester Zeit das Zehnfache der erlaubten Menge an Münzen zu prägen. Diese Münzen landeten größtenteils in Frankreich, da der Kirchenstaat mit den Münzen französische Truppen bezahlte, die zur Verteidigung gegen das Königreich Italien Stellung bezogen. Als die Franzosen diesen Zustand überrascht zur Kenntnis nahmen, erließen sie ein Verbot dieser Münzen und untersagten dem Kirchenstaat die Mitgliedschaft. Wenige Monate später annektierte Italien das Gebiet des Kirchenstaats mit Ausnahme des Vatikans. Dieser Vorfall trug zu einem wesentlichen Vertrauensverlust auf französische Seite bei, kleinere Staaten mit finanziellen Problemen in die Union aufzunehmen.

Durch die Erfahrungen mit Italien und dem Kirchenstaat wurde Griechenland 1869 unter verschärften Bedingungen in die Lateinische Münzunion aufgenommen. Alle griechischen Münzen mussten in Paris geprägt und sollten unbedingt nach Griechenland exportiert werden. Die französische Regierung wollte vermeiden, dass griechische Münzen in Frankreich zirkulierten. Trotzdem gab es Zweifel an der Mitgliedschaft der Griechen. Einer der ersten Autoren, der über die Lateinische Münzunion Anfang des 20. Jahrhunderts schrieb, notierte: „Wirtschaftlich unsolide, von politischen Kämpfen erschüttert und finanziell mies, ist ihr Zustand bedauernswert. Im Kampf mit der Schuldenlast bemühte sich Griechenland auch darum, den Umlauf einer großen Menge an nicht konvertierbarem Papier aufrechtzuerhalten.“²⁶

Die Prägung von Münzen wurde nicht in Griechenland, sondern durch französische Banker in Paris besorgt. Diese nutzten heimlich und unautorisiert die Möglichkeit, die frisch geprägten Münzen nicht nach Griechenland zu transportieren, sondern gleich in Paris auf den Markt zu bringen. Am Tag des Beitritts Griechenlands in die Münzunion kursierten die griechischen

²⁵ Ibid. S. 93

²⁶ Willis, H (1901) A history of the Latin Monetary Union, Chicago: Chicago University Press, S. 81



Münzen in Paris. Ohne die Schuld der griechischen Regierung wurde ein wichtiges Ziel bei der Aufnahme Griechenlands verfehlt. Der Reputation des kleinen südeuropäischen Staates war das nicht zuträglich.

Auch Griechenland setzte im Zuge von militärischen Auseinandersetzungen mit der Türkei die Konvertierbarkeit der Banknoten in Gold und Silber 1869 und dann wieder zwischen 1877 bis 1910 aus und gab ungedeckte Banknoten „cours forcé“ heraus, was wiederum zu einer Abwertung des griechischen Papiergeldes führte. Anstatt die Silbermünzen in Griechenland gegen abgewertete Banknoten einzutauschen konnten die griechischen Münzen zu Nominalwert in Frankreich verkauft werden, wohin die meisten Münzen strömten.

Griechenland hatte ein großes Budgetdefizit, erklärte sich für zahlungsunfähig und verlor einen Krieg gegen das Osmanische Reich. Danach kam es unter die Aufsicht eines europäischen Kontrollgremiums.

In den 1880er Jahren stieg die Auslandverschuldung der Griechen massiv an. Mit dem Geld wurde das Militär finanziert und das Land sollte modernisiert werden. In den 1890ern kommt es dann zum Zahlungsausfall. Durch eine ökonomische Krise brachen die Exporte weg. Zudem wurde Griechenland die protektionistische Politik von Frankreich in dieser Zeit zum Verhängnis.²⁷ Notkredite stellten sich als nutzlos heraus und die Griechen erklärten eine Reduktion der Zinszahlungen um 70 % über alle Goldkredite. Verhandlungen mit der internationalen Gemeinschaft, Deutschland, Frankreich und Großbritannien führten zu keinem Ergebnis. 1897 unterlag Griechenland in einem Krieg dem Osmanischen Reich. Die europäischen Mächte stoppten die türkische Invasion, stellten dafür im Gegenzug die griechische Finanzverwaltung unter ihre Kontrolle.²⁸ Um die Gläubiger zufriedenzustellen, wurde ein „International Committee for the Management of Greek Debt“ gebildet. Frankreich, Großbritannien und Russland garantierten die griechischen Schulden. Bis 1940 zahlte Griechenland seine Schulden in Gold zurück, mit einem relativ geringen Abschlag bei den Zinsen.²⁹

²⁷ Einaudi (2014), A historical Perspective on the European Crisis; In: Cardinale,I; Coffmann, D; Scazzieri, R, The Political Economy of the Eurozone, S. 86

²⁸ Ibid. S. 87

²⁹ Ibid. S. 87



8 Parallelen zu heute

Der Vertrag der Lateinische Münzunion und insbesondere der Bimetallismus des 19. Jahrhunderts haben zunächst nichts mit den Umständen der heutigen Europäischen Währungsunion zu tun. Trotzdem lassen sich viele Parallelen feststellen:

1. Transaktionskosten als Ausgangspunkt

Damals wie heute gab es einen ökonomisch fundierten Beweggrund für eine internationale monetäre Kooperation. Durch die Normierung der Münzen damals und die Einheitlichkeit der Währung heute soll der grenzüberschreitende Handel vereinfacht werden.

2. Politische Ziele dominieren

Damals wie heute steckte hinter den Plänen aber weit mehr als nur die Beseitigung von Handelshemmnissen. Sowohl im 19. Jahrhundert als auch heute steht hinter der Vereinheitlichung des Geldsystems das politische Ziel einer Neuordnung Europas jenseits nationaler Grenzen. Die Ähnlichkeiten zwischen der Idee des Felix Esquirou de Parieu und der heutigen Vorstellung der „Vereinigten Staaten von Europa“ sind frappierend. Damals wie heute wird versucht, Geld als ein Instrument der politischen und sozioökonomischen Integration zu nutzen. Bei der Lateinischen Münzunion hat das nicht funktioniert. Zu unterschiedlich waren die Ausgangslagen. Auch heute ist der Prozess vom Scheitern bedroht. Statt Integration sind damals wie heute eher desintegrierende Prozesse in Europa zu beobachten. Geld taugt nicht als Instrument der Umgestaltung der Gesellschaft.

3. Position Frankreichs

Die Position Frankreichs ist damals wie heute, bei Außerachtlassung der spezifischen historischen Umstände sehr ähnlich. Frankreich beansprucht eine politische Führungsposition, die sich in erster Linie aus ihrem geopolitischen Anspruch und nicht aus ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit ableitet. Sowohl die Lateinische Münzunion als auch die Europäische Währungsunion spiegeln den Versuch wider, anscheinend wirtschaftlich vorteilhafte Institutionen in politische Macht umzumünzen.

4. Unvollendete Währungsunion

Die Lateinische Münzunion hatte nicht die Regelung der Banknotenausgabe in ihren Vertrag aufgenommen. Damit handelte es richtigerweise nie um



eine wirkliche Währungsunion, wie zumindest der englische Begriff „Latin Monetary Union“ suggeriert. Auch die heutige Währungsunion, obwohl bereits im Ansatz viel umfassender gedacht, bleibt unvollendet. Durch die fehlende Einlagensicherung der Banken ist die Europäische Währungsunion zunächst einmal nur eine Europäische Bargeldunion. Damals wie heute erwächst das größte Problem nicht aus den Dingen die vertraglich geregelt wurden, sondern aus den Dingen, die vertraglich nicht geregelt wurden.

5. Mangelnder Grundkonsens souveräner Staaten

Wenn souveräne Staaten internationale Verträge schließen, ist es entscheidend, ob ein Grundkonsens über die zu regelnde Frage besteht oder nicht. Die Lateinische Münzunion hat sich auf den Bimetallismus geeinigt, obwohl Belgien und die Schweiz eigentlich eher einen Goldstandard präferierten. Spätestens durch den Zustrom der Silbermünzen wurde deutlich, dass eine grundsätzlich andere Auffassung über den Metallstandard bestand. Heute stehen die Vertragsinhalte von Maastricht unter Druck. Zwar wurde der Vertrag einstimmig verabschiedet. In der ersten Krise zeigte sich aber, dass unter den Mitgliedsländern kein Grundkonsens über die gemeinsame Währung bestand. In beiden Fällen erweist sich die nationale Souveränität der Länder als zu robust für weitergehende Sanktionen oder Harmonisierungsmaßnahmen.

6. Probleme in Italien und Griechenland

Die Situationen von Italien und Griechenland sind im Vergleich von damals zu heute sehr ähnlich. Beide Länder haben damals wie heute Probleme mit ihrer zu hohen Schuldenlast. Beide versprachen sich von der Teilnahme an der Münz- bzw. Währungsunion den Import eines stabilen Geldsystems um ihre Kreditwürdigkeit langfristig zu erhöhen, nutzten aber andererseits die Regelungslücken aus, um weitere Schulden zu finanzieren. Sowohl damals wie heute hatte man bei der Aufnahme in die Münz- bzw. Währungsunion ein oder auch gleich beide Augen zugeedrückt. Die geografische Ausdehnung hatte politische Priorität. Sowohl damals als auch heute war Griechenland de facto pleite und auf Hilfe aus dem europäischen Ausland angewiesen. Im 19. Jahrhundert gab es das International Committee for the Management of Greek Debt, heute gibt es eine „Troika“ oder auch „Quadriga“ die als Verhandlungspartner in der Griechischen Schuldenkrise auftritt.



7. Umverteilung durch Arbitrage und das Target-System

Damals wie heute motivierten die unsoliden wirtschaftlichen Zustände in Griechenland und Italien die Menschen zur Kapitalflucht. In beiden Fällen geht die Kapitalflucht zu Lasten der solideren Länder. In der Lateinischen Münzunion wanderten die Scheidemünzen größtenteils nach Frankreich, wo sie gegen gutes Geld, also Goldmünzen oder durch Gold gedeckte Banknoten eingetauscht werden konnten. In der Europäischen Währungsunion wandern Einlagen von wackligen Banken aus finanzschwachen Staaten in andere Staaten, wo sie zum Nennwert angenommen werden. Möglich wird dies durch die Bereitstellung von Zentralbankgeld zur Finanzierung des Einlagetransfers über das Interbankenzahlungssystem Target2. Ohne diese Stützen läge der Wert des Bankengelds von schwachen Banken in schwachen Staaten unter dem von Banken in starken Staaten.

Durch das Targetsystem steigen Forderungen der deutschen Bundesbank gegen das Eurosystem. Würde die Bundesbank diese Forderungen im Falle eines Austritts Italiens fällig stellen, könnte weder das Eurosystem noch Italien die Zahlung leisten. Im 19. Jahrhundert durfte man davon ausgehen, dass die Drohung Frankreichs, die Münzen zurückzutauschen auch mit militärischer Macht hinterlegt war. Ein Eintreiben der Forderungen heute durch militärische Intervention ist dagegen unvorstellbar.

8. Weiterbestand aufgrund hoher Austrittskosten

Sowohl damals wie auch heute ist ein wesentlicher Grund für das Weiterbestehen der Münz- bzw. Währungsunion die Scheu vor den Kosten der Auflösung. Damals sorgte man sich um die Monetisierung der Silberreserven und den Aufbau von Handelshemmnissen in Europa. Heute sind ebenfalls die hohen Kosten, etwa durch den Ausgleich der Target-Salden aber auch die Wettbewerbsnachteile durch Handelshemmnisse in Europa zu nennen. Sehr viel mehr als damals spielen auch die politischen Kosten eine gewichtige Rolle. Die politische Einheit Europas ist heute sehr viel fortgeschrittener als damals. Mit dem Scheitern des Euros stünde auch die Existenz der Europäischen Union auf dem Spiel.



RECHTLICHE HINWEISE

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen und zum Ausdruck gebrachten Meinungen geben die Einschätzungen des Verfassers zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Angaben zu in die Zukunft gerichteten Aussagen spiegeln die Ansicht und die Zukunftserwartung des Verfassers wider. Die Meinungen und Erwartungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen Dokumenten der Flossbach von Storch AG dargestellt werden. Die Beiträge werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. (Mit diesem Dokument wird kein Angebot zum Verkauf, Kauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder sonstigen Titeln unterbreitet). Die enthaltenen Informationen und Einschätzungen stellen keine Anlageberatung oder sonstige Empfehlung dar. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen ist ausgeschlossen. **Die historische Entwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Entwicklung.** Sämtliche Urheberrechte und sonstige Rechte, Titel und Ansprüche (einschließlich Copyrights, Marken, Patente und anderer Rechte an geistigem Eigentum sowie sonstiger Rechte) an, für und aus allen Informationen dieser Veröffentlichung unterliegen uneingeschränkt den jeweils gültigen Bestimmungen und den Besitzrechten der jeweiligen eingetragenen Eigentümer. Sie erlangen keine Rechte an dem Inhalt. Das Copyright für veröffentlichte, von der Flossbach von Storch AG selbst erstellte Inhalte bleibt allein bei der Flossbach von Storch AG. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Inhalte, ganz oder in Teilen, ist ohne schriftliche Zustimmung der Flossbach von Storch AG nicht gestattet.

Nachdrucke dieser Veröffentlichung sowie öffentliches Zugänglichmachen – insbesondere durch Aufnahme in fremde Internetauftritte – und Vervielfältigungen auf Datenträger aller Art bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch die Flossbach von Storch AG

© 2019 Flossbach von Storch. Alle Rechte vorbehalten.

IMPRESSUM

Herausgeber Flossbach von Storch AG, Research Institute, Ottoplatz 1, 50679 Köln, Telefon +49. 221. 33 88-291, research@fvsag.com; *Vorstand* Dr. Bert Flossbach, Kurt von Storch, Dirk von Velsen; *Umsatzsteuer-ID* DE 200 075 205; *Handelsregister* HRB 30 768 (Amtsgericht Köln); *Zuständige Aufsichtsbehörde* Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Marie-Curie-Straße 24 – 28, 60439 Frankfurt / Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn, www.bafin.de; *Autor* Marius Kleinheyer; *Redaktionsschluss* 15. Mai 2019